

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ewa Klamt, Albert Rupprecht (Weiden),
Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Dr. Peter Röhlinger, Dr. Martin Neumann (Lausitz),
Sylvia Canel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/6504 –**

Forschung zur Sicherung der weltweiten Ernährung

A. Problem

Hunger und Mangelernährung insbesondere in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer und ein anhaltender Anstieg der Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Verknappung von Anbauflächen und Wasser zählen zu den aktuellen und langfristigen zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft.

B. Lösung

Durch Forschung und Wissenstransfer sollen Beiträge zum Aufbau funktionierender umweltschonender und nachhaltiger Ernährungssysteme in den von Hunger betroffenen Gebieten geleistet werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Forschungsthemen mit einer größtmöglichen Wirkung im Hinblick auf die Lösung des Welternährungsproblems zu identifizieren. Oberste Prämisse bei allen Maßnahmen sind die Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten und die Risikovermeidung für Mensch und Natur.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6504 anzunehmen.

Berlin, den 29. Februar 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Ewa Klamt
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Peter Röhlinger
Berichterstatter

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ewa Klamt, René Röspel, Dr. Petra Sitte, Dr. Peter Röhlinger und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6504** in seiner 133. Sitzung am 20. Oktober 2011 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP erklären, dass Hunger und Mangelernährung insbesondere in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer und ein anhaltender Anstieg der Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Verknappung von Anbauflächen und Wasser zu den aktuellen und langfristigen zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft zählen.

Die sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen von Hunger seien komplexer Natur. Verschärft werde die Situation zusätzlich durch die Auswirkungen des Klimawandels, die anhaltende Reduzierung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen sowie die Veränderung von Essgewohnheiten der Bevölkerung in Schwellenländern. Nachernteverluste in Entwicklungsländern und Nahrungsmittelverschwendung bzw. -verluste bei Endverbrauchern in reichen Ländern seien hoch.

Vor diesem Hintergrund sollten Forschung und Wissenstransfer einen Beitrag zum Aufbau funktionierender ökologischer Ernährungssysteme in den von Hunger betroffenen Gebieten leisten. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, Forschungsthemen mit einer größtmöglichen Wirkung im Hinblick auf die Lösung des Welternährungsproblems zu identifizieren. Oberste Prämisse bei allen Maßnahmen seien die Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten und die Vermeidung von Risiken für Mensch und Natur.

Die Antragsteller möchten einen Schwerpunkt auf jene Forschungsbereiche gelegt sehen, die bisher international noch nicht bearbeitet worden seien. Ferner fordern sie einen gemeinsamen strategischen Ansatz und eine enge Abstimmung der beteiligten Ressorts.

Die Bundesregierung solle im Einzelnen unter anderem aufgefordert werden,

- eine Gesamtbetrachtung des Ernährungssystems sowie einen breiten systemischen Ansatz zu verfolgen,
- internationale Forschungsoperationen anzustreben und bei der Netzwerkbildung den Schwerpunkt auf Afrika zu legen,

- Informations- und Wissensmanagement auszubauen und den Wissenstransfer sicherzustellen und
- die Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich zu machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Rechtsausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, der **Verteidigungsausschuss**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 29. Februar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/6504 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 29. Februar 2012 in Verbindung mit dem Bericht zur Technikfolgenabschätzung „Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems – Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung“ auf Drucksache 17/6026 beraten.

Der Ausschuss empfiehlt: Annahme des Antrags auf Drucksache 17/6504 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zum Bericht „Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems – Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung“ des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) wird einleitend erklärt, dass zunächst die spezielle Perspektive der Untersuchung erläutert und Schlussfolgerungen vorgestellt werden sollen, die nicht bereits in vielen anderen Dokumenten zum Welternährungsproblem enthalten seien. Ferner solle ein Blick auf die wissenschaftliche und politische Diskussion in den vergangenen Monaten geworfen werden.

Die meisten Analysen und Berichte zum Welternährungsproblem befassten sich mit dem Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten in technischer, sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht. Eine solche ambitionierte Gesamtanalyse sei dem TAB nicht möglich gewesen. Der Untersuchungsauftrag sei auf die Frage fokussiert worden: „Welchen Beitrag kann die Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems leisten?“

Die Fragestellung sei innovativ, und in vielen Dokumenten werde lediglich betont, dass Wissenschaft und Forschung eine zentrale Rolle bei der Lösung des Welternährungsproblems spielten, aber nicht wie sie realisiert werden sollten.

Der Bericht habe angesichts der Komplexität des Themas weder ein Forschungsprogramm noch eine Liste von prioritären Forschungsvorhaben vorlegen können. Dies sei vor dem Hintergrund der Komplexität und des Themas und der Vielzahl beteiligter Disziplinen, Fördereinrichtungen und Ressorts eine kontinuierliche Aufgabe von Wissenschaft, Politik und sonstigen kompetenten gesellschaftlichen Akteuren.

Das TAB gebe zunächst einen Überblick über die sehr unterschiedlichen Einflussgrößen auf das Welternährungsproblem wie naturräumliche, technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Bedingungen und Entwicklungen. Leitgedanke sei, dass alle Einflussfaktoren auf das Welternährungsproblem auch Ansatzpunkte für Verbesserungsmöglichkeiten böten, die erforscht werden könnten.

Bei der Analyse vieler Dokumente sei deutlich geworden, dass häufig eine einzelne Perspektive dominiere, entweder die Mengen- oder die Zugangsperspektive, deutlich seltener aber eine Ernährungsperspektive. In der Mengensperspektive stehe die insgesamt produzierte und nachgefragte Nahrungsmittelmenge im Fokus. Aus der Zahl der Menschen, ihrem Nahrungsbedarf sowie der Fortschreibung bisheriger Konsumtrends werde hierbei auf die insgesamt benötigte Menge an Nahrungsmitteln geschlossen.

Demgegenüber werde in der Zugangsperspektive betont, dass nicht die zahlenmäßig gesamte Lebensmittelmenge, sondern vielmehr die reale Verfügbarkeit vor Ort entscheidend sei. Trotz eines seit Jahrzehnten bestehenden Überschusses der Produktion gegenüber dem Bedarf hätten viele Millionen Menschen nach wie vor keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln. In der Zugangsperspektive liege das Interesse daher auf den Mechanismen, die die Verteilung der verfügbaren Nahrungsmittel innerhalb der Weltbevölkerung bestimmten.

Die Ernährungsperspektive untersuche das individuelle Ernährungsverhalten sowie dessen Bestimmungsfaktoren. Das Welternährungsproblem sei bei dieser Sichtweise weder primär ein Mengenproblem noch ein bloßes Zugangsproblem. Vielmehr gelte die Welternährung auch als Wissens- und Befähigungsproblem, hervorgerufen durch unzureichendes Wissen über eine gesunde Ernährung und geeignete Zubereitungsweisen für die jeweils zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel.

Das TAB habe versucht, alle drei Perspektiven systematisch zu berücksichtigen und zentrale Herausforderungen für die zukünftige Forschung identifiziert:

Eine stärkere Berücksichtigung verbrauchsseitiger Themen: Die Entwicklung der Konsummuster von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen, Nachernteverluste bei Lagerung, Verarbeitung, Vertrieb und Verwendung, der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche und die fortschreitende Bodendegradation. Das TAB weist darauf hin, dass die Steigerung der Flächenproduktivität nur ein Parameter, wenn auch ein sehr wichtiger, sei.

Es erscheine mit Blick auf die vom Hunger hauptsächlich betroffenen Kleinbauern und Landarbeiter unbedingt notwendig, die Effekte von landwirtschaftlichen Modernisierungsmaßnahmen auf ihre Ernährungslage von vorneherein zu berücksichtigen und mit zu erforschen. Technischer Fortschritt bzw. Produktionssteigerungen in einer rückständigen Region führten nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Lage der dort von Hunger Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund wird auf ein bislang wenig bearbeitetes Forschungsfeld, das globale Ernährungsverhalten, hingewiesen. Gerade in Deutschland existiere eine Welternährungsforschung höchstens in Ansätzen; dabei könnten vielfältige Synergien mit hiesigen medizinischen und ökologisch relevanten Fragestellungen und entsprechend vorhandenen wissenschaftlichen Kapazitäten und Kompetenzen erreicht werden.

Das TAB erläutere, welche drei Handlungsoptionen es für die Forschungspolitik herausgearbeitet habe: Eine erweiterte Ressortkooperation bei der Forschungsförderung, eine Verbesserung der Erfolgsbedingungen für eine partizipative, nutzerorientierte Forschung sowie der Vorschlag kooperativer „Leuchtturmprojekte“.

In den zuständigen Ressorts sei eine stärkere Problemorientierung und ein expliziter Anspruch auf ressortübergreifendes Handeln erkennbar.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) habe ein Konzept zur „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ vorgelegt. Die Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hätten mit der neu gegründeten Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) eine neue Vernetzungsmöglichkeit geschaffen, um gemeinsam komplexe Aufgabestellungen anzugehen. Auch in der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ würden Aspekte einer entwicklungsorientierten Agrarforschung an vielen Stellen explizit angesprochen.

Auf der Basis der Untersuchung erscheine es notwendig, dass disziplinäre Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Agrarforschung und transdisziplinäre, praxisbasierte Kompetenz aus der Entwicklungszusammenarbeit noch systematischer als bislang zusammengeführt würden. Um langfristig substanzielle Forschung zur globalen Ernährungssicherung leisten zu können, sollte überlegt werden, ob neben den bestehenden Strukturen an Universitäten und sonstigen Einrichtungen der Entwicklungsforschung eine zentrale Anlaufstelle etabliert werden sollte, so wie sie in der Schweiz mit dem Nord-Süd-Zentrum an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich bereits existiere. Es wäre aber auch der Aufbau mehrerer dezentraler, virtueller Kompetenzzentren zu verschiedenen Teilfragen bzw. regionalen Aspekten einer entwicklungsorientierten Welternährungsforschung denkbar.

Darüberhinaus empfiehlt das TAB, die Erfolgsbedingungen für eine partizipative, nutzerorientierte Forschung im Rahmen der universitären Ausbildung und auch bei der Forschungsförderung zu verbessern. Im Rahmen der Untersuchung hätten viele Fachleute, die tatsächlich mit Kleinbauern in problematischen Regionen gearbeitet hätten, das Thema als enorm bedeutsam eingeschätzt.

Es werde ein zu geringer Stellenwert bzw. eine Marginalisierung sozialwissenschaftlicher Fächer in den agrarwissenschaftlichen Fakultäten und Forschungseinrichtungen kritisiert. Dies betreffe u. a. die Agrarsoziologie, die Agrarpolitik und -ökonomie oder im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion die integrativen Fächer wie Pflanzenbau und Tierhaltung, die für eine adressatenorientierte Forschung als unerlässlich gelten würden. Hier erscheine eine Umsteuerung durch die Länder und den Bund und die Schaffung einer zentralen Stelle an einer geeigneten Forschungseinrichtung notwendig.

Darüberhinaus wäre es auch sinnvoll, die Bedingungen der Forschungsförderung anzupassen. Die Forschungsförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V., die ganz überwiegend auf die Grundlagenforschung ausgerichtet sei, aber auch andere öffentliche Förderprogramme böten bislang eher schlechte Erfolgchancen für Antragsteller partizipativ angelegter Forschungsprojekte.

Zur Konkretisierung dieser Handlungsoptionen habe das TAB die Konzeption und Entwicklung von „Leuchtturmprojekten“ zur „Ernährungssicherung marginalisierter Bevölkerungsgruppen durch eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume“ vorgeschlagen. Ziel wäre es, die entwicklungsbezogenen Aktivitäten von Universitäten, außeruniversitären Instituten, fachlichen Organisationen und NGOs mit Akteuren aus vorwiegend national bzw. europäisch ausgerichteten Agrar-, Bio-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zusammenzuführen. Die Finanzierung würde in den Rahmen der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ passen; das Konzept des BMZ „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ wäre als Orientierung zu nutzen; und die Ressortforschung des BMELV könnte sich über die DAFA einbringen.

Zum Schluss gibt das TAB einen Überblick über die Entwicklungen der vergangenen zwölf Monate.

Die stark gewachsene Aufmerksamkeit für das Ernährungs- bzw. Konsumverhalten und für das Problem der Nachernteverluste: beide verbrauchsseitige Themen.

Die Fördermaßnahme „GlobE – Globale Ernährungssicherung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“, die im Sommer 2011 gestartet worden sei. Sie erscheine als ein vielversprechender Anfang für eine Erweiterung der bisherigen wissenschaftlichen Kooperation mit afrikanischen Ländern.

Die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats „Agrarpolitik“ des BMELV zu „Ernährungssicherung und nachhaltige Produktionssteigerung“ vom Januar diesen Jahres. Sie stimmten in vielen Aspekten mit den Ergebnissen des TAB-Berichts überein, z. B. den Synergien von Low-Input- und High-Input-Systemen oder der Bedeutung der Nachfragefaktoren und der Nacherntetechnologien.

Vonseiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass Ursachen von Hunger klimatische, soziale, politische und ökonomische Faktoren seien. Ferner lägen in Entwicklungsländern Produktionspotentiale brach. Neben der klassischen Entwicklungshilfe seien daher verstärkte Forschungsaktivitäten zur Entwicklung nachhaltiger Agrarwirtschaft notwendig. Ferner müssten die Zugänge zu Lebensmitteln ge-

währleistet werden. Die „Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ biete dafür einen geeigneten Rahmen. Die Bundesregierung werde im Antrag der Koalitionsfraktionen aufgefordert, mit einer themenoffenen Initiative den weltweiten Aufbau einer nachhaltigen und leistungsstarken Landwirtschaft zu fördern.

Der Bericht des TAB fordere ebenso wie der Antrag der Koalitionsfraktionen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung. Auch das BMBF habe die innovative Förderinitiative „GlobE“ gestartet. Sie sei methodenoffen, technologieübergreifend und interdisziplinär ausgerichtet.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass aufgrund der gleichzeitigen Behandlung des TAB-Berichts und des vorliegenden Antrags eine Teilung der Bewertung nicht ohne weiteres möglich sei. Der Widerspiegelung der Ergebnisse des TAB-Berichts im Antrag werde als problematisch gewertet. Der Aufbau des Berichts werde gelobt. Er lege dar, dass es einen Nahrungsmittelüberschuss aufgrund von Verteilungsproblemen gebe. Diese Fakten erwähne der Antrag nicht. Der Antrag nehme gegenüber den Entwicklungsländern eine richtungsweisende Haltung ein. Der Rückgang landwirtschaftlich nutzbarer Flächen betraf jedoch nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch reiche, industriegeprägte Länder wie Deutschland.

Die Fraktion der SPD lehne es ab, die Probleme in den von Hunger betroffenen Regionen mit neuen Technologien lösen zu wollen. Vielmehr sollte eine Partizipation der Zielgruppen angestrebt werden. Diesbezügliche Forderungen des Antrags würden als zu schwach bewertet. Es sollten auch nicht nur Mais, Weizen, Reis und Soja im Mittelpunkt des Interesses stehen, sondern auch vernachlässigte Früchte, die vor Ort einen großen Teil der Ernährung abdeckten. Ein Forschungsprogramm solle auch die Auswirkungen von Bewirtschaftungsmethoden auf die Kleinbauern in Entwicklungsländern untersuchen.

Der TAB-Bericht empfehle weniger hochtechnisierte Landwirtschaftsformen in diesen Regionen. Der Antrag fordere Forschungsprojekte, um Fehler aufzuzeigen und Lösungswege zu liefern. Dies lehne die Fraktion der SPD ab.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass die Vernetzung von lokalen Ressourcen und internationale Netzwerke für die von Hunger betroffenen Länder von großer Bedeutung seien. Einige der im Fokus stehenden Länder würden auch einschlägige Forschung betreiben und sich mit Pflanzenzüchtung und Grüner Gentechnik befassen. Diese Aktivitäten sollten in die eigene Forschung einbezogen werden. Auch wenn in der Bundesrepublik Deutschland dadurch Konflikte erzeugt werden sollten, sei es wichtig, für eigene Beratung und auch Produkte zu werben. Darüber hinaus sei es auch wichtig, Krankheiten bei Mensch, Tier und Pflanzen in die Forschung einzubeziehen.

Vonseiten der **Fraktion Die LINKE** wird dem verbraucherseitigen Ansatz des TAB-Berichts, auch im Zusammenhang mit den Stichwörtern „Armut“ und „Good Governance“, zugestimmt. Eine Beteiligung der zukünftigen Nutzer, die Berücksichtigung der Rolle der Frauen in Entwicklungsländern sowie die sozio-ökonomischen Existenzbedingungen seien für die Problemlösungen von besonderer Bedeutung. Es werde empfohlen, vor Ort Lern- und Kommunikationszentren aufzubauen. Außerdem sei ein

ursachenbezogener, interdisziplinärer und ethische Fragen berücksichtigender Forschungsansatz notwendig.

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass auch die fiskalischen Zusammenhänge des Welthandels Einfluss auf die Verknappung von Nahrungsmitteln hätten. Wertekonflikte seien zu untersuchen und mit Akteuren und zukünftigen Nutzern zu diskutieren. Der Umgang mit der Natur vor Ort müsse in die Analyse und Umsetzung von Maßnahmen aufgenommen werden. In der Forschungsagenda müssten auch regionale Vorstellungen über Integration, Steuerungsmöglichkeiten und staatliche Einrichtungen berücksichtigt werden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen greife hier zu kurz. Es werde versucht – wie die Bioökonomiestrategie der Bundesregierung –, Biologie in die Ökonomie einzupassen und nicht umgekehrt. Eine einseitige Ausrichtung auf Agrartechnologie und Agrarkonzerne sowie die Grüne Gentechnik sei höchst problematisch, weil ökonomische Abhängigkeiten entstünden. Kleinbäuerliche Betriebe ermöglichten demgegenüber eine Subsistenzwirtschaft. Letztlich müsse eine Intensivierung der Nutzung von Naturgütern mit allen Akteuren diskutiert werden, um Begrenzungsstrategien und eine Optimierung der Ressourcennutzung zu realisieren. Da diese Grundausrüstung dem vorliegenden Antrag fehle, werde er abgelehnt.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert, dass der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die wesentlichen Ergebnisse des TAB-Berichtes ignoriere. Der Bericht wolle nicht der Politik erläutern, wie die Welternäh-

rung gesichert werden könne, sondern wie die Forschung ausgerichtet werden sollte, um gute Ergebnisse zu erzielen. Elementare Schwerpunkte des Berichts seien partizipative Forschungsmodelle und interdisziplinär ausgerichtete Agrarforschungsprojekte. Der Fokus der Forschung solle nicht auf Einzeltechnologien gesetzt werden, vielmehr sollte die Forschung von einem „Low-Level-Inputsystem“ ausgehen, die Situation von Kleinbauern analysieren sowie die Nachfrageseite und Nachernteverluste stärker berücksichtigen. Die zentrale Frage sei, ob die Bundesregierung die forschungspolitischen Anregungen des TAB-Berichts aufnehmen wolle. Im vorliegenden Antrag nehme man wenig davon wahr, daher werde man ihn auch ablehnen.

Die **Bundesregierung** stellt klar, dass „Globe“-Technologieaspekte aber auch sozialwissenschaftliche Aspekte und Nachernteverluste berücksichtige. Alle Projekte würden mit afrikanischen Partnern realisiert und nicht in Deutschland erforscht und dann in Afrika durchgeführt. Der Aufbau von Forschungsk Kooperationen auf Augenhöhe mit den angesprochenen Ländern könne nicht ad hoc mit viel Geld realisiert werden. „Globe“ verfolge ein zweistufiges nachhaltiges Verfahren, indem Geld für Projekte zur Verfügung gestellt werde, den Partnern aber auch ausreichend Zeit für die Beantragung von Vollprojekten gegeben werde. Das BMBF sei eng mit dem BMZ vernetzt. Das BMZ fördere jedes Projekt mit 400 000 Euro und Sorge für die Einbindung der Akteure vor Ort. Nicht der Wille oder Geld sei ein Problem, sondern der Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur sei sehr komplex.

Berlin, den 29. Februar 2012

Ewa Klamt
Berichterstatte rin

René Röspel
Berichterstatte r

Dr. Petra Sitte
Berichterstatte rin

Dr. Peter Röhlinger
Berichterstatte r

Krista Sager
Berichterstatte rin

